

**Kopie**

Urkundenrolle Nr. 278 des Jahres 2009 H

Hiermit bescheinige ich, der unterzeichnende Notar,

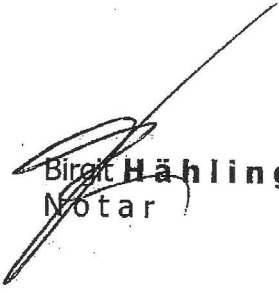
Birgit **H ä h l i n g** mit dem Amtssitz in Schwerin,

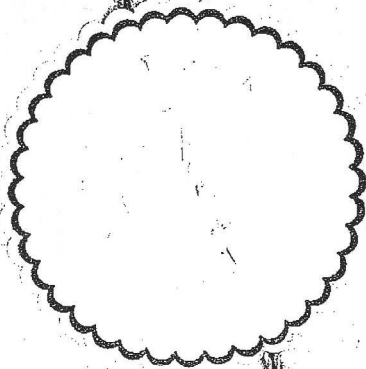
gemäß § 54 Abs. 1 Satz 2 GmbHG, dass die geänderten Bestimmungen des nachstehenden Gesellschaftsvertrages der im Handelsregister des Amtsgerichtes Schwerin unter HR B 850 eingetragenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma

**Diakoniewerk Neues Ufer gGmbH**

mit dem am 08.07.2008 zu meinem Protokoll (Urkundenrolle Nr. 786 des Jahres 2008 H) gefassten Beschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages i.V.m. der Feststellungs- und Nachtragsurkunde vom 24.03.2009 und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt vor dem vorgenannten Beschluss zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen.

Schwerin, den 24. März 2009

  
Birgit **H ä h l i n g**  
Notar



# Gesellschaftervertrag

der Firma

Diakoniewerk Neues Ufer gGmbH

## § 1

Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft

- 1.) Die Gesellschaft führt die Firma:  
Diakoniewerk Neues Ufer gGmbH
- 2.) Sitz der Gesellschaft ist:  
Schwerin/Mecklenburg
- 3.) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 4.) Die Gesellschaft besteht auf unbestimmte Zeit.

## § 2

Unternehmensgegenstand

- 1.) Gegenstand des Unternehmens ist:

- Betreuung und Pflege, Erziehung und Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Gefährdungen
- Schulische und berufliche Ausbildung auch von nicht behinderten Menschen
- Betrieb von Kindergärten, Altenhilfeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten sowie sonstiger sozialer Einrichtungen.

Die Erfüllung dieser Aufgaben geschieht aus dem Auftrage Jesu Christi, Menschen in leiblicher Not und seelischer Bedrängnis zu helfen. Die Gesellschaft nimmt deshalb diese Aufgabe im Sinne evangelischer Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche in Deutschland wahr.

- 2.) Die Gesellschaft darf sich mit anderen gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu Arbeits- und Interessengemeinschaften zusammenschließen. Sie kann sich auch daran beteiligen, sie erwerben oder deren Vertretung übernehmen. Sie darf auch Zweigniederlassungen errichten.

## § 3

Gemeinnützigkeit

- 1.) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 2.) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die vertragsmäßigen Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.
- 3.) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Betrag, den sie auf ihre Stammeinlage bar eingezahlt bzw. den Betrag des Wertes, den sie als Sacheinlage in die Gesellschaft eingebracht haben. Nicht vergütet werden Anteile auf Stammeinlagen, die im Wege der Kapitalerhöhung durch Umwandlung von Gewinnrücklagen eingebracht wurden.

## § 4

### Stammeinlagen

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

**€ 4.300.000,00**

(in Worten: Euro vier Millionen dreihunderttausend).

Darauf übernehmen die Gesellschafter folgende Stammeinlagen

- a) **Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen  
Landeskirche Mecklenburgs e.V.**

€ 720.000,00

€ 2.376.000,00

- b) **Kirchenkreis Wismar**

€ 20.000,00

€ 66.000,00

- c) **Kirchgemeinde Retgendorf**

€ 20.000,00

€ 66.000,00

- d) **Kirchgemeinde Zittow**

€ 20.000,00

€ 66.000,00

- e) **Augustenstift zu Schwerin  
Evangelische Altenhilfe- und  
Pflegeeinrichtung in Schwerin**

€ 220.000,00,

€ 726.000,00.

Die Stammeinlagen sind zu 100 % erbracht.

## § 5

### Übertragung von Geschäftsanteilen

- 1.) Die Veräußerung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Für diese Zustimmung genügt die einfache Mehrheit, wenn es sich um eine Veräußerung an Mitgesellschafter handelt. Für eine Veräußerung an andere Personen bedarf es einer einstimmigen Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung.
- 2.) Jedem Mitgesellschafter steht das Recht auf vollständigen Erwerb zu.

## § 6

### Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Gesellschafterversammlung
- b) der Aufsichtsrat
- c) die Geschäftsführung

## § 7

### Gesellschafterversammlung

- 1.) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Die Gesellschafterversammlung beschließt über die
  - a) Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Bilanzergebnisses
  - b) Bestellung des Wirtschaftsprüfers
  - c) Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder
  - d) Berufung der Aufsichtsratsmitglieder
  - e) Aufnahme weiterer Gesellschafter
  - f) Auflösung der Gesellschaft
  - g) Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals oder sonstige Änderung des Gesellschaftsvertrages
  - h) Auflösung der Gesellschaft (§ 60 GmbHG)
  - i) Ernennung und Abberufung von Abwicklern (§ 66 GmbHG)
  - j) Beteiligung an anderen Gesellschaften.
- 2.) Die Änderung des Gesellschaftsvertrages bedarf der Einstimmigkeit. Die Berufung der Aufsichtsratsmitglieder bedarf der Mehrheit der Stimmen und der Mehrheit der Gesellschafter.
- 3.) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen sind für die übrigen Organe der Gesellschaft bindend.

## § 8

## Vorsitz in der Gesellschafterversammlung, Einberufungen und Niederschrift

- 1.) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter.
- 2.) Die Gesellschafterversammlung wird im Auftrag des Vorsitzenden oder im Falle seiner Verhinderung im Auftrag seines Stellvertreters durch die Geschäftsführung einberufen.
- 3.) Jeder Gesellschafter kann sich durch einen Bevollmächtigten - mit schriftlicher Vollmacht - vertreten lassen.
- 4.) Spätestens zwei Monate nach Vorliegen des Jahresabschlusses soll eine Gesellschafterversammlung stattfinden. Im Übrigen wird die Gesellschafterversammlung bei Bedarf einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn ein Gesellschafter oder der Aufsichtsrat dies unter Angabe der Tagesordnungspunkte verlangen.
- 5.) Die Gesellschafterversammlung ist schriftlich mit einer Frist von mindestens drei Wochen unter Angabe von Ort und Zeit, Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der erforderlichen Unterlagen einzuberufen. Mitteilungen über Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung müssen mindestens zehn Tage vor der Versammlung bei den Gesellschaftern eingegangen sein. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Einberufung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung die Einberufungsfrist verkürzen; die Frist darf nicht weniger als eine Woche betragen. Über die Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, welche den Ort und die Zeit der Versammlung, die Namen der Teilnehmer, den wesentlichen Gang der Beratung, den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse sowie die Abstimmungsergebnisse wiedergeben soll. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist den Gesellschaftern unverzüglich zuzuleiten, sie gilt als genehmigt, wenn innerhalb eines Monats kein Widerspruch erhoben wird.

## § 9

## Beschlüsse der Gesellschafterversammlung

- 1.) Die form- und fristgerecht einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Gesellschafter und 51 % des Stammkapitals anwesend oder vertreten sind.
- 2.) Ist die Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen, so können rechtswirksame Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter vertreten oder einverstanden sind.
- 3.) Je 1.000,00 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme
- 4.) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht mitgerechnet. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- 5.) Schriftliche Abstimmung:
  - a) Beschlüsse können auch in Textform gefasst werden, wenn sich sämtliche Gesellschafter der schriftlichen Abgabe der Stimmen einverstanden erklären.
  - b) Soll schriftlich abgestimmt werden, hat die Geschäftsführung den Gegenstand der Beschlussfassung allen Gesellschaftern schriftlich mitzuteilen, bestimmte Beschlussvorschläge zu machen und sie schriftlich zu begründen. Die Zustimmung ist erteilt, wenn alle Gesellschafter sich mit der Abstimmung in Textform einverstanden erklärt haben und die Mehrheit zustimmt.
  - c) Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung stellt das Ergebnis der schriftlichen Beschlussfassung fest und teilt es den Gesellschaftern unverzüglich mit (§ 48 Absatz 2 GmbHG).

# Aufsichtsrat und seine Zusammensetzung

- 1.) Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus bis zu sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung auf jeweils fünf Jahre gewählt werden. Jeder Gesellschafter ist im Aufsichtsrat vertreten. Zusätzliche Personen mit besonderen Kenntnissen können durch die Gesellschafterversammlung gewählt werden. Eine Wiederwahl bzw. erneute Benennung ist möglich.
- 2.) Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der vom Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs e.V. entsandte Vertreter. Der stellvertretende Vorsitzende wird aus der Mitte des Aufsichtsrates gewählt. Der Vorsitzende leitet die Sitzung des Aufsichtsrates, im Fall seiner Verhinderung der Stellvertreter. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates vertritt den Aufsichtsrat.
- 3.) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung und erlässt eine Geschäftsordnung mit Geschäftsverteilung für die Geschäftsführer.
- 4.) Der ordnungsmäßig einberufene Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrzahl seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.
- 5.) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann insbesondere von dem Geschäftsführer jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen, Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und prüfen sowie örtliche Besichtigungen vornehmen.
- 6.) Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen:
  - a) der Jahresabschluss vor der Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung
  - b) der Wirtschaftsplan nebst Stellen- und Investitionsplan
  - c) der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken,
  - d) das Eingehen von Verbindlichkeiten, insbesondere die Aufnahme von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften und Garantien, soweit diese Maßnahmen im Einzelfall über den laufenden Geschäftsbetrieb hinausgehen,
  - e) die Übernahme von Pensionsverpflichtungen,
  - f) der Beitritt zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft oder einem Verband.
- 7.) In zustimmungsbedürftigen Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann die Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, im Verhinderungsfall mit seinem Stellvertreter, die notwendigen Maßnahmen treffen, wenn die Zustimmung des Aufsichtsrates nicht rechtzeitig eingeholt werden kann. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind unverzüglich schriftlich zu unterrichten.
- 8.) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keinerlei Vergütung. Jedem Aufsichtsratsmitglied sind aber seine Auslagen und Spesen zu ersetzen. Übersteigen die Spesen die steuerlich zulässigen Pauschalsätze, so ist Einzelnachweis erforderlich. Verdienstausschlag kann auf Antrag erstattet werden entsprechend der Entschädigung für Sachverständige im Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 01.10.1969 (BGBl. S. 1756).
- 9.) Die Aufsichtsratsmitglieder haften nicht für Fahrlässigkeit. Sie haben Anspruch auf Entlastung durch die Gesellschafterversammlung.
- 10.) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Mehrheit gefasst, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

## § 11

## Geschäftsführung und Vertretung

- 1.) Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Beschluss des Aufsichtsrates Alleinvertretungsbefugnis erteilt werden.
- 2.) Die Geschäftsführer werden vom Aufsichtsrat bestellt.
- 3.) Diese Regelungen gelten auch für Liquidatoren.

## § 12

## Aufgaben der Geschäftsführung

- 1.) Die Geschäftsführung besorgt die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, des Aufsichtsrates und der Geschäftsordnung.
- 2.) Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat über alle Aktivitäten der Gesellschaft im Zusammenhang mit den Aufgaben des Aufsichtsrates zu informieren, auf Verlangen des Aufsichtsrates die gewünschten Auskünfte zu geben sowie bei wichtigen Anlässen den Aufsichtsrat unverzüglich zu unterrichten.

## § 13

## Jahresabschluss und Geschäftsbericht

- 1.) Die Geschäftsführung hat innerhalb der gesetzlichen Fristen den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) und den Geschäftsbericht entsprechend der aktienrechtlichen Vorschriften für das vergangene Jahr aufzustellen.
- 2.) Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Jahresberichtes durch den von der Gesellschafterversammlung bestellten Abschlussprüfer zu prüfen, bevor er dem Aufsichtsrat vorgelegt wird.
- 3.) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht dem Aufsichtsrat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres vorzulegen, der ihn nach seiner Billigung der Gesellschafterversammlung zur abschließenden Entscheidung vorzulegen hat.

## § 14

## Auflösung

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt die eingezahlte Einlage ohne Gewinnanteil jeweils an die Gesellschafter, das nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibende Gesellschaftsvermögen fällt an das Diakonische Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs e.V..

Teilunwirksamkeit, Bekanntmachungen

- 1.) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages oder eine künftige Bestimmung des Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder ihre Wirksamkeit später verlieren oder sollte sich in dem Gesellschaftsvertrag eine Lücke herausstellen, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Regelung oder zur Ausfüllung der Lücke sollte eine angemessene Regelung gelten, die, soweit nur rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden, falls sie den Punkt bedacht hätten. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so soll das der Bestimmung am nächsten kommende rechtlich zulässige Maß an die Stelle des Vereinbarten treten.
- 2.) Die Gesellschafter sind verpflichtet, dasjenige, was nach Absatz 1 Geltung hat, durch eine förmliche Änderung des Wortlautes des Gesellschaftsvertrages festzuhalten.
- 3.) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.